

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Ersteinst

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Bett-)Zeile über deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Zustellung und Verlegung ausgeschrieben. Zahlungen nur im Voraus. Frankfurter am Main Nr. 20/71

Annahmgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 112

Samstag, den 25. Oktober 1924.

17. Jahrgang.

Vier Dinge kommen nicht zurück: Das gesprochene Wort, der abgeschossene Pfeil, das vergangene Leben und die veräumte Gelegenheit.

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel — inoffiziell, als jede entscheidende Auseinandersetzung darüber saufsichtig — kam die Reichswahl für den 7. Dezember, aber die Parteien und auch die Wähler haben sich sofort darauf eingestellt, daß Klarheit über die Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Reichsregierung geschaffen werden müsse, und auch die Wähler fordern Offenheit über die Gestaltung der künftigen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Unsere Bevölkerung hat in der letzten Zeit manches gute Recht in Anbetracht der schwierigen Finanzlage des Reiches zurückerhalten und sich in ihrer Lebenshaltung sehr bescheiden müssen. Es begreift sich, wenn sie heute an die Parteien die Frage richtet, wie es nun weiter gehen soll. Dinge des praktischen Lebens stehen also in den Gedanken der Wähler vor den Angelegenheiten der Fraktionspolitik und werden die Abstimmung in hohem Maße beeinflussen.

Es erübrigt sich, heute schon sich den Kopf über den Verlauf der Volksabstimmung zu zerbrechen, denn bei den Wahlen kommt es gar zu oft anders, wie man denkt. Nicht bloß bei uns, sondern überall. Man braucht in dieser Beziehung nur an Poincarés schwere Kabinetsverlage bei den französischen Wahlen am 11. Mai d. Js. zu denken. Die Franzosen debattieren jetzt über angelegentlich über die englischen Wahlen, die in der kommenden Woche stattfinden, und über die unrichtigen im Dezember. Sie meinen, von dem Ergebnis dieser beiden Wahlen werde auch die Existenz ihres eigenen Ministeriums Herriot abhängig sein. Für England mag das zutreffen, aber für Deutschland wohl kaum. Herriots Gegner, die sich zu einem großen Ansturm auf seine Regierung in der am 1. November beginnenden Kammeression rufen, werden mit einem Mißtrauensvotum sicher nicht warten, bis die deutschen Wahlen stattgefunden haben.

Der Siegeszug der deutschen Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die jetzt in den kleineren europäischen Staaten zur Zeichnung aufgelegt wird, dauert an. Namentlich in dem reichen Holland ist die Ueberzeugung eine außerordentlich starke gewesen, und diese Ueberzeugung ist besonders dafür, daß das früher so harte finanzielle Mißtrauen gegen Deutschland einer besseren Erkenntnis gewichen ist. Auch unsere Leistungen bei dem Wunderwerk des America-Zeppelein, das auf der ganzen Erde einen so großen Eindruck mit seiner Fahrt über den Ozean hervorgerufen hat, spielen hierbei eine Rolle. Man spricht nicht mehr achselzuckend vom Deutschen Reich und den Deutschen. Der Zeppelein-Kommandant Dr. Eckener ist in Nordamerika während der Gegenstand großzügiger Ergrünungen, die offenkundig ehrlicher Sympathie entzünden.

Der Abmarsch der Franzosen aus dem rechtsrheinischen Okkupationsgebiet hat gegenwärtig ein etwas beschleunigteres Tempo angenommen. Dürmünd, Bismberg, die Häfen von Mannheim, Karlsruhe und andere Plätze sind geräumt worden, und die Verwaltung der beschlagnahmten Hütten und Werke geht in der nächsten Woche wieder in deutsche Hände über. Das ist immerhin etwas, und wir wollen hoffen, daß kein Mißfall in die Saunfeligkeit eintreten wird. Die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen werden mit dem Beginn der zweiten Novemberwoche in Paris von neuem aufgenommen werden, und dann die beiderseitigen Zolltarife zur Beratung gelangen. In Paris meint man nach wie vor, es werde eine volle Übereinstimmung erzielt werden. Wir wollen hinzufügen, natürlich nicht auf unsere Kosten.

Forderungen der Landwirtschaft.

Der deutsche Landwirtschaftsrat über die Kreditfrage. Unter ungemein starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches hält der deutsche Landwirtschaftsrat in Berlin seine 54. außerordentliche Ver-

sammlung ab. Die Tagung ist einberufen worden, da die bevorstehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen (insbesondere die Gestaltung der deutschen Handelspolitik, eine eingehende Beratung der amtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen erforderlich erscheinen lassen. In der ersten geschlossenen Sitzung beschloß sich der deutsche Landwirtschaftsrat besonders mit der Frage der

Bildung der Rentenbank-Kreditanstalt.

Es wurde mit Bedauern festgestellt, daß das Gesetz über die Liquidation des Umlaufes an Rentenmarktscheinen in einer Fassung verabschiedet worden ist, welche die künftige Gestaltung der notwendigen Kreditlinie für die deutsche Landwirtschaft offen gelassen hat. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat fordert einstimmig, daß die in Artikel 9 des genannten Gesetzes vorgesehene Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt unverzüglich und in enger Anlehnung an die erfolgte Umgestaltung der deutschen Rentenbank vorgenommen wird.“

Träger der Rentenbank-Kreditanstalt können nur die in der Generalversammlung der deutschen Rentenbank verkörpertem grundschuldbesitzenden Landwirte sein.

Die deutsche Landwirtschaft, die ohne Mitverantwortung staatlicher Organe zu zwei Dritteln die Last für die Wiederherstellung der deutschen Währung übernommen und getragen hat und nunmehr zur Tilgung der aus diesem Anlaß bei der Rentenbank aufgenommenen Kreditschuld verpflichtet worden ist, muß für sich das Recht und die Möglichkeit in Anspruch nehmen, die bei der deutschen Rentenbank zur Sanierung ihrer eigenen Kreditnot verfügbare geschlossenen geringen Mittel durch ihre eigenen Organe zu verwalten.“

Am Abend vereinigen sich die Teilnehmer der Tagung zu einem Empfangsabend, an dem auch die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie zahlreiche Parlamentarier teilnahmen.

Landwirtschaft und Schutz Zoll.

Die öffentlichen Verhandlungen wurden am Freitag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates abgehalten. Von Regierungsvertretern waren die Minister Graf Kanitz, Hann und Brauns erschienen, ferner Vertreter fast aller Reichs- und Landesministerien. Der Reichsernährungsminister Graf Kanitz überbrachte die Willkommensgrüße der Reichsregierung und betonte, daß die Landwirtschaft gerade in dieser Zeit in der schwersten Krise stehe, die sie jemals erlebt habe. Die Landwirtschaft solle heute vor der absoluten Unmöglichkeit, sich Betriebsmittel zu beschaffen. Es wurde dann in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Graf Reyscher sprach über das Thema:

„Landwirtschaft und Handelspolitik“

wobei er feststellte, daß in der Gegenwart die Wiederherstellung und Verstärkung des Zollschutzes der gesamten deutschen Arbeit ein Gebot nationaler Selbst-erhaltung sei. Die für die Landwirtschaft zu schaffenden Schutzzölle müßten in angemessener Höhe und unter Berücksichtigung der Lebenslage des gesamten deutschen Volkes so festgelegt werden, daß alle Zweige der Landwirtschaft intensiv wirtschaften könnten, so daß die restliche Versorgung des deutschen Volkes durch die heimische Landwirtschaft erreicht würde.

Der Prozeß Consul.

Die Bezirksleiter der D. C.

Am zweiten Verhandlungstage des Prozesses gegen die Mitglieder der Organisation Consul wurden die einzelnen Bezirksleiter der D. C. von dem Staatsgerichtshof vernommen. Der ehemalige U-Boot-Kommandant, Korvettenkapitän a. D.

Freiher von Abendroth

war nach seiner Verabschiedung von der Marine in Dresden für die D. C. und die ober-schlesischen Freiherren tätig. Er erklärt, den Aussagen keine Bedeutung beigemessen zu haben, da er sie für Vereinsmeierei hielt. Gegenüber den Behauptungen, daß die Angehörigen der D. C. nur Landknechte seien, sollten diese das, was vom Staat noch übrig war, verteidigen, um so die Aussichten auf eine bessere Zukunft zu eröffnen. Der Vorliegende verweist demgegenüber darauf, daß in den Aussagen das Gegenteil stehe.

Der nächste Angeklagte, Freiher v. Zedlitz-Neudorf, war Bezirksleiter der Organisation in Schlesien und seinerzeit anläßlich des Erzberger- und Rathenau-mordes ebenfalls wegen Geheimbündelei verhaftet und

zwei Wochen in Untersuchungshaft verbracht worden. Er befreit, mit der D. C. in Verbindung gestanden und den Sabotageauftrag gefaßt zu haben. Er habe in Breslau mit ehemaligen Kameraden der Brigade Ehrhardt in Föhling gestanden und die

Abwehr des polnischen Aufstandes in Oberschlesien organisiert. Eine andere Frage als den ober-schlesischen Aufstand habe es für die schlesischen Kameraden nicht gegeben. Auf Befragen der Verteidigung bestritt der Angeklagte weiter entschieden, daß nach Erledigung der ober-schlesischen Frage von Ehrhardt ein Putsch beabsichtigt gewesen sei.

Die übrigen Angeklagten wollen sich ebenfalls um die Aussagen der D. C. nicht kümmern haben, für sie habe es sich nur um eine Organisation zur Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien gehandelt. Damit war die Vernehmung der Angeklagten beendet.

Der Vorliegende verlas dann einen Abschnitt aus der geheimen Anklageschrift des Oberreichsanwalts, aus der hervorgeht, daß die zahlreichen Angriffe, die besonders im Jahre 1920 auf die Organisation Consul nach der Richtung gemacht wurden, sie habe sich des Hochverrats schuldig gemacht und sie sei eine Mörderzentrale, vollständig unbegründet sind und in nichts zusammenzufallen, so daß nur noch die Anklage auf Geheimbündelei erhoben wurde.

Der Vorliegende bemerkt dazu, das sei das negative Ergebnis der Anklage

In diesem Prozeß. Es sei nunmehr nur noch der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Landgerichtsrat Dr. Richter, der die Verhaftung der Angeklagten in der Voruntersuchung vernommen hat, als Zeuge zu vernehmen, damit vor der Öffentlichkeit festgestellt werden könne, ob für ein hochverräterisches Unternehmen oder für das Bestehen einer Mörderzentrale j. Zt. ein Beweis erbracht sei. Der Oberreichsanwalt hat den sächsischen Justizminister als Vorgesetzten des Untersuchungsrichters erucht, diesen von seiner Schweigepflicht zu entbinden. Der Justizminister habe die Genehmigung nur insofern erteilt, als der Zeuge lediglich die jetzt vor dem Staatsgerichtshof gemachten Aussagen der Angeklagten bestätigen soll. Der Reichsanwalt verzichtet unter diesen Umständen auf die Vernehmung, während die Verteidigung erklärt, auf die Aussagen des Untersuchungsrichters nicht verzichten zu können. Der Vorliegende gibt den Verteidigern zu bedenken, daß man dann auch die Gegenseite zu Worte kommen lassen müsse. Das würde eine hinausgehende des Prozesses um vier Wochen bedeuten, da allein 124 Aktende über die Voruntersuchung vorlägen.

Die Verteidigung stellt daraufhin den Antrag, an Stelle der Vernehmung des Untersuchungsrichters den Teil der Anklageschrift zu verlesen, der sich auf die Punkte bezieht, über die Untersuchungsrichter Dr. Richter vernommen werden sollte. Der Antrag wird jedoch von dem Staatsgerichtshof abgelehnt.

Die Anklagerede des Reichsanwalts.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führte Reichsanwalt Ketzammer in seinem Plädoyer aus es sei begründlich, daß die Ehrhardt-Offiziere die Treue und die Pflicht zur Treue über alles stellten. Die ganze Sache sei erst bedenklich geworden, als es in Oberschlesien polnische Aufstände abzumehren galt. Da hätten Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis gewesen sei, daß Hoffmann und v. Killinger sich für berechtigt halten konnten, für den erwarteten Polen-aufstand ein Abwehrregiment zu bilden und die Vorbereitungen dazu durchaus geheim zu halten. Für die militärische Gliederung brauchte man aber keine Sitzungen. Es sei doch wohl sicher, daß sie die D. C. politisch betätigen wollte. Die Angeklagten hätten beabsichtigt, eine Veränderung der Verfassung auf ungesetzlichem Wege herbeizuführen. Es liege daher erschwerende Geheimbündelei vor.

Die Strafanträge.

Der Reichsanwalt ver kündete darauf folgende Strafanträge: 2 Monate 15 Tage Gefängnis bzw. 750 Mark Geldstrafe gegen Hoffmann, 2 Monate Gefängnis bzw. 600 Mark Geldstrafe gegen v. Killinger, 1 Monat Gefängnis bzw. 450 Mark Geldstrafe gegen Müller, 2 Monate Gefängnis bzw. 600 Mark Geldstrafe gegen Kauter, 1 Monat Gefängnis bzw. 300 Mark Geldstrafe gegen Siebel, Heutel und Krebs. Die Gefängnisstrafen, die in Geldstrafen umzuwandeln sind, gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Nur für Broreren, gegen den ebenfalls 1 Monat Gefängnis bzw. 300 Mark Geldstrafe beantragt sind, soll dies

...er habe ...
 ...teilgenommen, sondern auch persönlich seinen
 ...eingehend dargelegt.
 ... (Dntl.) erwiderte, er müsse bei
 ... d. v. Osten, daß der Landwirtschaftsminister
 ... Behauptung bleiben, daß der Landwirtschaftsminister
 ... der entscheidenden Sitzung nicht anwesend gewesen sei
 ... nicht seine ganze Kraft dafür eingesetzt habe.
 ... Ministerpräsident Braun legte die Vorgänge im Staats-
 ... bei der betreffenden Abstimmung dar. Den
 ... Landwirtschaftsminister treffe jedenfalls nicht der geringste
 ...
 ... Abstimmung wurde das Miß-
 ... gegen den Ministerpräsidenten Braun
 ... 192 gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und
 ... bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt,
 ... das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister
 ... mit 205 gegen 80 Stimmen bei einer Stimms-
 ... das Mißtrauensvotum gegen den Handels-
 ... mit 198 gegen 79 Stimmen bei einer
 ... das Mißtrauensvotum gegen den Land-
 ... mit 197 gegen 82
 ...
 ... erledigt. Vizepräsident
 ... die Ermächtigung für das Präsidium,
 ... bis zum 6. Dezember noch einmal einzube-
 ... die politischen Verhältnisse das erforderlich
 ... Das Haus stimmte diesem Vorschlage zu. Darauf
 ... die Sitzung — aller Voraussicht nach die letzte
 ... — geschlossen.

Sport und Verkehr.

Luftschiffe nach dem Nordpol. Amerika beab-
 ... die Abfertigung einer Luftschiffexpedition nach
 ... Nordpol. Amundsen soll auf ein Angebot hin
 ... Leitung der Expedition übernommen haben. Außer
 ... dieser amerikanischen ist noch eine französische und eine
 ... Nordpolexpedition im Sommer des
 ... Jahres geplant.

Aus der Heimat

Spangenberg, 25. Oktober 1924.

Sitzungsbericht

... die am 22. Oktober 1924 auf Wunsch eines Viertels
 ... aller Stadtverordneten einberufenen eiligen

Stadtverordneten-sitzung.

Anwesend sind die Stadtverordneten Lappe, Appel,
 Schmidt, Sonntag, Heckmann, Küllmer, Baugt Frank,
 Parschub, Heinrich Engeroth, Ulrich, Klein u. Pfeiffer.

Vom Magistrat: Bürgermeister Schier, Beigeordneter
 Klein, Schöffe Engeroth u. Schenk.

Pünktlich um 9 Uhr eröffnet der Stadtverordneten-
 ... die Sitzung und gab die Namen derjenigen
 ... bekannt, die diese Sitzung wünschten, es
 ... dies die Herren, Klein, Ulrich u. H. Engeroth. Nach-
 ... das Protokoll der letzten Sitzung verlesen war, wurde
 ... die Tagesordnung eingetreten.

1. Einführung des neuen Stadtverordneten Frank,
 ... durch Auscheiden des Herrn Ebel an dessen Stelle
 ... Der Vorsteher weist Herrn Frank nochmals auf
 ... Pflichten hin, nur mit bestem Wissen und Gewissen
 ... Wohle der Stadt zu wirken und verpflichtet ihn durch
 ...

2. Festsetzung der Unterrichtsstunden in der Fortbild-
 ... Die Schulstunden sind vom Magistrat und
 ... auf die Zeit von 5—8 Uhr nachmittags fest-
 ... Es erhebt sich kein Widerspruch und wird somit
 ... einstimmig genehmigt.

3. Festsetzung des Schulgeldes für die Fortbildungs-
 ... Auch hier wurde dem Magistratsbeschuß einstim-
 ... Das Schulgeld beträgt für einheimische
 ... 5. Mark für auswärtige 7,50 Mark.

4. Stellungnahme zu dem Verhalten des Magistrats
 ... der Angelegenheit Abbau Lösch und Ablegung der
 ... durch die städtischen Angestellten Beisheim und
 ...

Bei diesem Gegenstand bearbeitete Stad...

War
 herausgegeben von